

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1875

18.2.1875 (No. 41)

Karlsruher Zeitung.

Donnerstag, 18. Februar.

№ 41.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 Mark 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 Mark 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennig. Briefe und Gelder frei.

1873.

Telegramme.

† Berlin, 16. Febr. Abgeordnetenhause. Nach Erledigung mehrerer unerheblicher Vorlagen folgt die erste Lesung der Vorlage über die Vermögensverwaltung katholischer Kirchengemeinden. Zur Debatte hatten sich 8 Redner für, 6 Redner gegen die Vorlage eingeschrieben. Reichensperger spricht in mehr als einstündiger Rede gegen die Vorlage, die wider die Verfassung sei und auf neue Verfolgung der katholischen Kirche hinauslaufe, gegen welche er mit der Zentrumspartei protestiere. Windthorst (Bielefeld) spricht für die Vorlage, welche den katholischen Gemeinden die angestrebte Selbstständigkeit gebe. Kultusminister Falk verteidigte die Vorlage, die lediglich eine Ergänzung der Waigecke und wie diese bestimmt sei, den Widerstand der katholischen Geistlichkeit gegen den Staat zu brechen. Der Entwurf sei durch aus verfassungsmäßig und basire auf Artikel 15 der Verfassung. Der Minister tritt den Ausführungen Reichensperger's entgegen und führt zum Beweise der Bedürfnisfrage des Gesetzes an, daß die jetzige Staatsverwaltung des bischöflichen Vermögens des Bisthums Osnabrück Jahre lang hindurch vorgekommene Unterschlagungen ergeben habe, wovon die bischöflichen Behörden Kenntniß gehabt hätten. Der Minister verliest einen Bericht des betreffenden Rechnungsbeamten und hebt sodann hervor, die katholischen Kirchengemeinden müssen in den Stand gesetzt werden, ihr Eigenthum nicht von Fremden mißbrauchen zu lassen. Der Minister führt sodann auf Verlangen Windthorst's die Namen der betreffenden Geistlichen aus den Rechnungsberichten an, die er nur aus Schonung habe verschweigen wollen.

Schorlemer-Alt spricht in eingehender Rede gegen die Vorlage, die er eine Vergewaltigung der katholischen Kirche nennt. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt und nach langen persönlichen Bemerkungen die Debatte nach 4 Uhr auf Mittwoch Vormittag 11 Uhr vertagt.

† Berlin, 16. Febr. Bezüglich der von den Blättern erwähnten italienischen Reise des Kaisers kann versichert werden, daß noch keinerlei Anordnungen darüber ergangen sind. — Die „Post“ bestätigt, daß der Annahme des Birkow'schen Antrages in der Reformgesetzfrage von der Regierung nur eine demonstrative Bedeutung beigelegt werde und eine definitive Entscheidung erst zu erwarten sei, wenn das Ergebnis der Kommissionsberatung vorliege. Bei den bezüglichen Beratungen des Ministeriums seien alle Beschlüsse einstimmig gefaßt.

† München, 16. Febr. Abgeordnetenhause. Präsident Frhr. v. Stauffenberg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Derselbe zeigt den Tod der Abgg. Scheid und Schmidtbauer an, deren Erbschaften Stöger und Wäglinger vererbt werden. Die Frage über die Nothwendigkeit der Neuwahl des Hr. Adler gegen Ernennung zum Notar in der Pfalz wird an den Geschäftsordnungs-Ausschuß verwiesen. Der Kriegsminister legt den bayrischen Militäretat pro 1875 auf Grund des Reichsgesetzes vor; ferner einen Gesetzentwurf wegen Regelung der Rechtsverhältnisse der bayrischen Militärbeamten nach der Reichsform.

† Wien, 16. Febr. In Folge des Berichtes des ungarischen Ministerpräsidenten von Tisza an den Kaiser über die gestrige Besprechung mit Tisza wurde letzterer heute zum Kaiser beschieden.

Reclamé.

(Fortsetzung aus Nr. 40.)

Osterland verließ mit dem Diener den Stadtpark. Was gingen ihm auf dem Wege nach seinem Bureau nicht alles für Gedanken durch den Sinn! Gerade jetzt, wo das lange, geheimnißvolle Räthsel seiner Wöfung entgegen ging, sollte er fort, einer ungewissen, wechselvollen Zukunft entgegen! Wie seltsam hatte ihn der Zuwall in das Gesicht zweier Menschen verflochten, die Beide seinem Herzen so nahe standen und nun brach plötzlich von Außen eine Katastrophe herein, die ihn mit einem Male und vielleicht für ewig von Beiden trennte! Verstiegen sich auch seine Erwartungen nicht so hoch, daß er an die Möglichkeit einer Verbindung zwischen ihm und der schönen Gräfin Verbeny hätte denken können, so wußte er doch, daß er von ihr geliebt wurde, und das genügte ihm, für den Augenblick wenigstens, vollkommen. Welch ein reizendes Verhältniß hätte dies werden müssen! Von Eugen brauchte er gewiß am allerwenigsten eine Störung seiner romantischen Beziehungen zu Comtesse Schwania zu befürchten, denn abgesehen davon, daß der junge Mann mit fast leidenschaftlicher Zuneigung an ihm hing, wußte Osterland auch zur Genüge, wie wenig Gewicht Eugen auf Standesvorurtheile legte. Und nun war das Alles mit einem Schlage vorbei! Osterland hätte sich die Haare ausreißen mögen! Wie wenig er sich auch sonst um den internationalen Skandal, hohe Politik genannt, zu kümmern pflegte, — in diesem Augenblicke athmete er Feuer und Flamme gegen den strengen Friedensförderer! Wehe dem Manne des zweiten Dezembers, wenn er Herrn Doktor Osterland auf dem Wege nach dem Redaktionsbureau der „Neuzeit“ allein in einer dunklen Gasse begegnet wäre!

In der Redaktion ging es selbstverständlich sehr lebhaft zu. Der ganze redaktionelle Stab war gewissermaßen in Permanenz. Die unerwartete Nachricht wirkte wie ein Donnererschlag aus heiterem Himmel, denn bis zum letzten Augenblicke hatte Niemand, auch die feinsthörigsten

† Bern, 16. Febr. Das altkatholische Zentralkomitee forderte die altkatholischen Gemeinden und Vereine auf, ihre Delegirten für die demnächst abzuhaltende erste schweizerische christlich-katholische Nationalsynode bis zum 1. April zu ernennen.

Deutschland.

Karlsruhe, 17. Febr. In der heutigen Mittwochs-Audienz haben Se. Königliche Hoheit der Großherzog u. A. nachbenannte Herren vom Militär- und Civilstande empfangen: den Generalmajor Frhrn. v. Willisen, Kommandeur der 28. Kavallerie-Brigade; den Major v. Rheinbaben im 1. bad. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14; den Major Trapp v. Ehrenschild im 1. bad. Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109; den Major Minor im Garde-Fuß-Artillerie-Regiment; den Major z. D. Molitor, Bezirkskommandeur des 1. Bataillons (Rastatt) des 4. bad. Landwehr-Regiments Nr. 112; den Hauptmann Frhrn. v. Seldeneck im 2. rheinischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 23; den Hauptmann Triefke im 4. bad. Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm Nr. 112; den Premierlieutenant Brutschy im 1. bad. Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14; den Premierlieutenant v. Klüber im rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 7; den Premierlieutenant Sachs im 1. bad. Leib-Grenadier-Regiment Nr. 109; den Premierlieutenant Tinney im Train-Bataillon Nr. 15; den Secondelieutenant der Reserve, Böttcher, im 4. Garde-Regiment zu Fuß. Ferner: den Professor Kachel von hier; den Ingenieur Keller-Lenzinger von hier; den Oberingenieur Dern von Mosbach; den Ministerialrath v. Stöffer von hier; die Professoren Weill und Mayer von Heidelberg und den Staatsanwalt Dr. Cadenbach von Mannheim.

Die Audienz hat Vormittags 10 Uhr begonnen und endigte Nachmittags gegen halb 3 Uhr.

* Berlin, 15. Febr. Die national-liberale „V. A. C.“ schreibt über die augenblickliche Lage der Verwaltungs-Reformgesetz:

Die auf die Verwaltungsreformen bezüglichen Gesetzentwürfe haben im Laufe der vorigen Woche das Stadium der ersten Beratung im Abgeordnetenhause zurückgelegt; sie wurden sämmtlich an Kommissionen verwiesen, welche heute von den Abtheilungen zu wählen waren. Ein Rückblick auf die Verhandlungen im Plenum ergibt, daß, wie bereits vor dem Beginn derselben hervorgehoben wurde, vor Allem zwei Punkte zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten Anlaß bieten: die Beschränkung des Geltungsbereiches der neuen Provinzialordnung auf die sogenannten Kreisordnungsprovinzen und die von der Regierung beabsichtigte Beibehaltung der Regierungsbezirke mit den Bezirkspräsidenten an ihrer Spitze. In Betreff des ersteren Punktes hat das Abgeordnetenhause mit alleinigen Ausschluß der Mehrzahl der konserverativen Abgeordneten und einiger Mitglieder der national-liberalen Partei, die sich der Führung des Abg. v. Seydel angeschlossen, im Ganzen 28 Stimmen, seine Auffassung durch Annahme des Antrags Birkow bekundet. Es will die große Mehrheit des Hauses keine Eöfirung der Verwaltungsreform für die westlichen Provinzen; aber sie will, mit geringen Ausnahmen, eben so wenig, daß die dem Hause vorgelegten Gesetzentwürfe in ihrer geschäftlichen Behandlung deshalb eine Verzögerung erfahren, weil für die westlichen Provinzen die grundlegenden Gesetze, namentlich eine neue Gemeinde- und Kreisordnung, dem Hause noch nicht vorgelegt worden sind und somit das Zustandekommen derselben im Laufe der gegenwärtigen Session in hohem Grade zweifelhaft ist. Die Kommissionen

werden nicht umhin können, in diesem Sinne ihre Berathung zu führen; nach Lage der Dinge bleibt ihnen nichts Anderes übrig, als daß sie die ihnen überwiesenen Gesetzentwürfe, wenn auch in stetem Hinblick auf ihre Anwendbarkeit in denjenigen Provinzen, die von ihrem Geltungsbereich vorläufig noch ausgeschlossen sind, so doch unabhängig von der Einbringung einer neuen Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnung für die westlichen Provinzen im Abgeordnetenhause, womit ja das Zustandekommen der letzteren noch in keiner Weise gesichert ist, in Berathung ziehen und ihre Arbeiten mit Beschleunigung zu Ende führen, damit das Haus nach den Osterferien sofort in die zweite Lesung der Reformgesetzentwürfe eintreten kann.

Der „R. Z.“ wird von hier von zuverlässiger Seite geschrieben:

Gestern und heute haben Beratungen des Staatsministeriums stattgefunden, bei welchen wohl auch die Frage wegen der durch den Birkow'schen Antrag und dessen Annahme geschaffenen parlamentarischen Situation zur Erörterung gekommen ist. Uebereinstimmend haben sich mehrere national-liberale Organe dahin ausgesprochen, daß Seitens ihrer Partei auf eine unmittelbare Einwirkung, welche jenes Biotum auf die Erledigung der Reformfrage üben sollte, kein Gewicht gelegt werde. Dasselbe habe mehr eine moralisch-demonstrative Bedeutung. Es wird demnach wohl weniger jenes Biotum des Hauses, als das Ergebnis der Kommissionsberatungen für die Entscheidung der Regierung ins Gewicht fallen, und war daher für jetzt noch keine Veranlassung, eine bestimmte Position in Folge jenes Biotums zu nehmen. Wir können aber bei dieser Gelegenheit wiederholen, daß bei allen Beratungen des Staatsministeriums in Bezug auf die Reform-Gesetzgebung die vollste Uebereinstimmung der Ansichten und Bestrebungen sich herausgestellt hat und bisher alle Beschlüsse einstimmig gefaßt worden sind.

* Berlin, 15. Febr. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ schreibt an hervorragender Stelle:

Die Aufmerksamkeit der französischen Regierung war im vergangenen Herbst auf die schmachvolle Beschädigung des in der Gemeinde Habonville errichteten Grabdenkmals des Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments gerichtet worden. Es ist freilich nicht gelungen, die Ueheber des Frevels zu ermitteln; indessen hat die französische Regierung sich durch diesen Vorfall veranlaßt gesehen, den Präfekten des Grenzdepartements die wiederholte Weisung zu ertheilen, daß sie die zur Verhütung ähnlicher Erbarmlichkeiten geeigneten Maßnahmen treffen, und obwohl sie an und für sich den Frevel nicht zu verantworten hat, so hat doch der französische Minister des Innern die Bereitwilligkeit ausgesprochen, für die Wiederherstellung des beschädigten Denkmals Sorge zu tragen.

* Berlin, 15. Febr. Die „Wochenschrift für das ev. Pfarramt u. d. l. Gem.-Amt“ schreibt über den Ausfall der Wahlen zur Generalsynode: „Als Gesamtergebnis dürfte sich, soweit Referent beurtheilen kann, herausstellen, daß die konfessionelle lutherische Partei etwa 1/3, die kirchlich-unirte die Hälfte und die „freieren“ Richtungen 1/3 der 123 östlichen Stimmen erlangt haben. Nimmt man hiezu noch die Resultate von Westphalen (12 Deputirte) und Rheinprovinz (15 Deputirte), so dürften diese an dem Gesamtergebnis nichts ändern. Die konfessionellen werden von den 150 Stimmen über etwa 50, die strengen und milden Unionsparteien über etwa 70 und die freieren Richtungen über etwa 30 Stimmen verfügen. Am meisten nach rechts, wenn es erlaubt ist, so zu sagen, hat gewählt Pommern; dann folgt Schlesien und Posen, hierauf Sachsen, dann Brandenburg und endlich Preußen.

Leitartikel nicht, an den Ernst der Verwickelung glauben wollen. Von allen Seiten und Enden liefen noch immer Telegramme ein. Das ganze Blatt mußte für morgen neu gemacht werden. Die Redaktionsmitglieder für den politischen Theil wußten bereits ihre mot d'ordre und arbeiteten in ihren Kabineten mit Dampfhochdruck. Die beiden Chefredakteure empfingen einen Besuch nach dem andern, denn Leute von Gewicht, die mit dem Blatte in mehr oder minder enger Verbindung standen und die man deshalb nicht kurzweg abweisen konnte, kamen in die Redaktion, um Näheres zu erfahren. In dem Ministerium des Innern mochte an diesem Abend kaum größere Aufregung herrschen, als in der Redaktion der „Neuzeit“.

Osterland, als Feuilleton-Redakteur weniger direkt in Mittheilung gezogen, als seine politischen Kollegen, hatte die Anordnungen für den folgenden Tag bald getroffen. Ein „situationsgemäßes“ Feuilleton war von früher zufällig vorhanden. Dieses wurde zum Abdruck gebracht, und damit war seine Beschäftigung eigentlich zu Ende. Er ersuchte jedoch den Chefredakteur noch um eine kurze Besprechung, sagte ihm, daß er als preussischer Landwirth-Offizier von jetzt ab stündlich die Einberufungsordere zu gewärtigen habe und ersuchte ihn, für den Fall seines plötzlichen Scheidens aus der Redaktion die nöthigen Vorbereitungen zu treffen.

„Sie werden gewiß auch in Feldlager Ihre Beziehungen zu dem Blatte aufrecht erhalten?“ — meinte der Chefredakteur, nachdem er mit Bedauern die Mittheilung vernommen hatte. — „Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, wie kostbar für unser Blatt Originalberichte aus der Feder eines doppelten Fachmannes sein würden, falls es wirklich zum Kriege kommen sollte.“

„Glauben Sie überhaupt noch an die Möglichkeit der Erhaltung des Friedens?“ — fragte Osterland.

Der Chefredakteur zuckte die Achseln.

„Moniteur Louis hat die Welt bereits mit so vielen unerwarteten Wendungen überrascht, daß ich bei ihm eigentlich nichts für absolut un-

möglich halte. Für die Erhaltung des Friedens möchte ich jedoch heute auch nicht einen rothen Pfennig mehr verwetten. Also wir dürfen auf Originalberichte vom Kriegsschauplatz zählen, Herr Doktor?“

„Das wird leider nicht möglich sein.“ — versetzte Osterland. — „Sobald ich in der zweifarbigen Jacke vor dem Feinde stehe, ist mir jeder Bericht streng untersagt.“

„Es ist eine Lebensfrage für unser Blatt, regelmäßige und zuverlässige Berichte von dem Kriegsschauplatz zu erhalten.“ — meinte der Chefredakteur nachdenklich. — „Aber es wird verwünscht schwer halten, solche zu bekommen! Wüßte sich Oesterreich in die Geschichte ein, was ich als ruhiger Politiker sehr bedauern würde, um für die uns im Jahre 1866 von Ihren Landsleuten erwiesenen Liebenswürdigkeiten Revanche zu nehmen, dann sind wir freilich aus der Verlegenheit, weil sich natürlich das Hauptinteresse unseres Publikums dem österreichisch-preussischen Kriegsschauplatz zuwenden wird. Bleib jedoch Oesterreich neutral, dann wird es sehr schwer halten, einen Berichterstatter im deutschen Hauptquartier unterzubringen. Da aller Wahrscheinlichkeit nach unsere Politik zunächst freie Hand behalten und sich nach dem Gange der Ereignisse wird richten wollen, so ist wohl kaum anzunehmen, daß man im deutschen Heere einen österreichischen Berichterstatter dulden wird.“

„Ich kann mir nicht denken, daß Oesterreich in diesem Kampfe auf die Seite Frankreichs, des alten Reichsfeindes treten sollte!“ — rief Osterland warm.

„Feuilletonisten-Politik, lieber Doktor.“ — sagte der Chefredakteur lächelnd. — „Ich habe keine Lust, Ihnen gegenüber die alten Geschichten vom Jahre 66 aufzuwärmen. Sie müssen mir aber zugeben, daß die Gelegenheit zu einer Revanche für Anno dazumal gar nicht verlockender sein könnte.“

„Ich glaube es nun und nimmermehr!“ — sagte Osterland eifrig. — „Solferino und Königgrätz halten sich zum mindesten die Waage!“

„Wir wollen keine Politik machen, Doktor, am allerwenigsten zu-

* Berlin, 15. Febr. (Die diesjährigen Manöver.) Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht folgenden Allerhöchsten Erlaß vom 11. Februar:

Auf den Mir gehaltenen Vortrag bestimmte Ich hinsichtlich der diesjährigen größeren Truppenübungen: 1) Bei dem 5., 6. und 9. Armeecorps finden große Herbstübungen statt, welchen Ich beizuwohnen werde. Das 5. und 6. Armeecorps sind, nachdem sie für sich geübt, zu einer gemeinsamen Übung zusammenzuführen. Alle 3 Armeecorps werden durch Mannschaften des Beurlaubtenstandes derart komplementirt, daß die in den Friedensetats vorgesehene Mannschafstärke beim Abrücken zu den Übungen erreicht wird. 2) Das Generalkommando des Gardecorps hat hinsichtlich der Übungen des Corps Vorschläge zu machen, und dabei auf eine Übung der Gardelavallerie im Divisionsverbande Bedacht zu nehmen. Das 3. Garderegiment zu Fuß und das 4. Garde-Grenadierregiment Königin betheiligen sich an den Herbstübungen des 10., beziehungsweise des 8. Armeecorps. 3) Alle übrigen Armeecorps haben, soweit nicht aus pass. 4 dieser Ordre Modifikationen sich ergeben, die im Abschnitt 1 des Anhanges 3 der Verordnungen vom 17. Juni 1870 vorgesehene Übungen abzuhalten. 4) Behufs Übung der Kavallerie im Brigade- und Divisionsverbande sind auf 13 Tage zusammenzuführen a. vom 1. und 2. Armeecorps je 4 Escadrons des Ostpreussischen Kürassierregiments Nr. 3 Graf Wrangel, 1 Leib-Husarenregiment Nr. 1, Ostpreussischen Ulanenregiments Nr. 8, Neumärkischen Dragonerregiments Nr. 3, Pommer'schen Dragonerregiments Nr. 11, Pommer'schen Husarenregiments (Blücher'sche Husaren) Nr. 5, b. vom 7., 10. und 11. Armeecorps je 4 Escadrons des Westfälischen Kürassierregiments Nr. 4, 1 Westfälischen Husarenregiments Nr. 8, 2 Hannover'schen Dragonerregiments Nr. 16, Herzoglich Braunschweigischen Husarenregiments Nr. 17, 1 Hannover'schen Ulanenregiments Nr. 13, Thüringischen Ulanenregiments Nr. 6. Zu der sub a. bezeichneten Kavalleriedivision schießt die reitende Abtheilung des Ostpreussischen Feld-Artillerieregiments Nr. 1, zu der 2. Kavalleriedivision diejenige des 1. Hannover'schen Feld-Artillerieregiments Nr. 10. 5) Im Sommer findet bei Koblenz eine Belagerungsübung in der Dauer von ungefähr 6 Wochen statt. Die hieran theilnehmenden Pionierkompagnien bestimmt die Generalinspektion des Ingenieurcorps und der Festungen. Außerdem ist das Rheinische Fuß-Artillerieregiment Nr. 8 auf ungefähr 4 Wochen hierzu heranzuziehen. 6) Von den sub 2., 3. und 4. dieser Ordre bezeichneten Übungen müssen sämtliche Truppen vor dem 30. Sept. in die Garnisonorte zurückgeführt sein, ohne daß — besonders, dem Kriegsministerium zur Entscheidung vorzuliegende Ausnahmefälle abgerechnet — eine Benutzung der Eisenbahn erforderlich wird.

* Berlin, 15. Febr. Nachdem durch § 13 der Gesetzesnovelle vom 4. April 1874 für Theilnehmer am letzten Kriege die Frist zur Anmeldung von Versorgungsansprüchen bis zum 20. Mai d. J. verlängert worden, können die Theilnehmer, welche noch jetzt mit der Behauptung hervortreten, durch im Kriege 1870—71 erlittene Dienstbeschädigung invalide zu sein, vor Ablauf der erwähnten Präklusivfrist sich einer Prüfung unterziehen. Vom 20. Mai 1875 ab kann demnach zur Feststellung von Dienstbeschädigungen aus dem mehrerwähnten Kriege nichts mehr vorgenommen werden, und es sind für alle von da ab vorgebrachten Versorgungsansprüche die bezüglichen Angaben der Kriegsstammlisten allein maßgebend. Hiernach können vom 20. Mai d. J. ab auch diejenigen Theilnehmer am Kriege der Jahre 1870—71, welche auf Grund innerer Dienstbeschädigung Versorgungsansprüche angemeldet haben, an dem erwähnten Tage aber nicht mehr oder noch nicht in dem in § 59 des Reichs-Militär-Pensionsgesetzes vom 27. Juni 1871 verlangten Grad von Dienst- und Erwerbsunfähigkeit versallen, d. h. in ihrer Gesundheit und Erwerbsunfähigkeit, dauernd und erheblich gestört sind, nur als dienstunfähig und nicht als invalide bezeichnet werden. Die hier in Betracht kommenden Personen werden daher gut thun, sich mit ihren Bezirksfeldwebeln alsbald in Verbindung zu setzen, um die Präklusivfrist nicht zu veräumen und sich mit einer solchen Veräumniß unangenehm, gar nicht wieder gut zu machenden Folgen auszusetzen. Die hier nöthig werdenden militärischen Untersuchungen werden meist bei Gelegenheit des diesjährigen Kreis-Erbschafts stattfinden.

□ Berlin, 15. Febr. Dem Abgeordnetenhaus ist ein Gesetzentwurf zugegangen, welcher die Deckung der bei Begebung der Eisenbahn-Anleihe aus dem Jahr 1868 entstandenen Kursverluste bezweckt. Diese Anleihe betrug nominell 40 Millionen Thaler; sie wurde aber unter Pari begeben, woraus ein Kursverlust von 1,451,329 Thaler entstand. Nach den Bestimmungen des Gesetzentwurfs soll der

Kursverlust — meinte der Chefredakteur — „um so weniger als ich heute schon mehr als genug Politik machen mußte und wir Beide die Geschichte doch auf keinen Fall entscheiden werden. Die Hauptfrage für uns bleibt, einen verlässlichen Korrespondenten zu bekommen. Vielleicht finden Sie einen solchen, Doktor, wenn Sie draußen in Deutschland sind. Wir werden ihn brillant bezahlen. Sie erhalten, was diesen Punkt betrifft, ganz und gar carte blanche!“

(Fortsetzung folgt.)

□ Mannheim, 16. Febr. Durch die anlässlich des Schachturniers hier vereinigten Schachfreunde aus Mainz, Karlsruhe, Frankfurt und hiesiger Stadt ist die Gründung eines süddeutschen Schachbundes beschlossen und der Schachclub Mannheim als provisorischer Vorort mit den Vorarbeiten betraut worden. An dem Turniere selbst betheiligten sich 18 Personen; dasselbe kam am Sonntag noch nicht zum Abschlusse. — Sonntag fand dahier die Wanderversammlung der Vorstände rheinischer Volksbanken und verwandter Kreditgesellschaften statt. Nach dem Bericht des „Mannh. Journ.“ waren hierbei 16 Vereine vertreten, darunter 3 rheinische, 10 rheinpfälzische und 3 bairische (außer Mannheim noch Ladenburg und Bruchsal); die Verhandlungen wurden von Hrn. Levinger aus Speyer geleitet und betrafen die Fragen der Beilegung der Wechsel in Contocorrent-Verbindungen, die gleichzeitige Mitgliedschaft in mehreren Kreditvereinen, die Besteuerung der Kreditgenossenschaften, die Amtsdauer und die Lasten der Vorstandsmitglieder. — Die hiesige Lagerhausgesellschaft wird am neuen Rheinbasen ein Lagerhaus erbauen, dessen Herstellungskosten auf 204,000 Mark veranschlagt sind.

Verlust durch Schuldverschreibungen gedeckt werden, die in dem entsprechenden Betrage auszugeben sind. — Das Herrenhaus wird erst gegen Ende Februar seine Plenarsitzungen wieder aufnehmen. Diefem Hause ist eine Denkschrift mitgetheilt, welche die Ueberweisung eines einmaligen Betrages von 1,200,000 Mark an den Provinzialverband von Schleswig-Holstein behandelt. Diese Summe soll dem genannten Verbande zur Verwendung im Interesse der durch die Kriegsereignisse von 1848/50 belasteten Kommunen mit dem Bedenken zugewendet werden, daß damit die Erörterung aller weiteren Forderungen aus den Jahren 1848/50 als abgeschlossen betrachtet werde.

* Straßburg, 15. Febr. Der frühere Bürgermeister von Straßburg, Hr. Lauth, der sich — locus a non lucendo — konsequent als „Reichstags-Abgeordneter“ unterzeichnet, hat in einer langen Zuschrift an den Mülhauer „Indust. Aficien“ in der Stadterweiterungs-Angelegenheit zum Ueberflusse noch selbst das Wort ergriffen. Er wiederholt im Wesentlichen nur, was an der gleichen Stelle kürzlich einer seiner Freunde für ihn sprach. In der Hauptfrage hält er sich für versichert, daß seine Wähler sein Weggehen und Wegbleiben aus dem Reichstage heute noch eben so billigen als vor einem Jahre — der 18. Februar 1874 jährt sich in der That dieser Tage. Von seinen Wählern anders zu denken, erschiebt Hr. Lauth als eine Beleidigung derselben. Die Stadterweiterung ist nach des Reichskanzlers Worten (30. November) eine Reichs-, keine Straßburger Interessenfrage, sagt Hr. Lauth, und er hält es ironisch für ein „rührendes Zusammentreffen“, daß die Grundwerbung eben dieselben 17 Millionen koste, welche die fortifikatorischen Arbeiten beanspruchen. Die Abwesenheit des normalen Gemeinderaths ist aber die unglücklichste Schwäche des Ganzen. Der jetzige Verwalter — Bürgermeister und Polizeidirektor in einer Person — und dadurch „quasi allmächtig“, schuf so eine Lage, welche unsere Bevölkerung „in Schrecken setzt“, und wenn wir einen Gemeinderath hätten, wäre Alles ohne Schrecken abgegangen. Uebrigens ist die Erweiterung verfrüht, am unrechten Ende angefaßt, und sind derartige Unternehmungen überhaupt die Aufgabe von Privatgesellschaften. Das ist der geringe wesentliche Inhalt des Lauth'schen Briefes, aus dem abermals ganz unzweideutig hervorgeht, wie schwer die früheren Gemeinderäthe und Hr. Lauth an ihrer Spitze die selbstverschuldete Einbuße ihrer Stellung noch immer empfinden. Von dieser Selbstverschuldung oder nur von einem Schuldanteile an der Suspension des Gemeinderaths tagt in diesen Hauptern noch nicht das mindeste Licht. Das ist das einzige Belehrende, was aus derartigen Briefen und Darlegungen zu schöpfen sein mag. Könnte Hr. Lauth jedoch die zahlreichen Stimmen von Straßburgern, d. h. von solchen hören, die nicht unmittelbar im Bereiche seines Einflusses stehen, er würde trotz allen Selbstvertrauens doch mehr und mehr an seiner „Gottähnlichkeit“, mit anderen Worten an dem Glauben irre werden, daß die Straßburger seit einem Jahre nicht klüger geworden sind. Der „Ind. Af.“ sieht sich nebenbei veranlaßt, einige Stellen des Lauth'schen Briefes wegen zu handgreiflich eingetretener Persönlichkeiten durch Punkte ... abzusetzen. — Ultramontane Stimmen hatten triumphirend mitgetheilt, daß der beschlagene Hirtenbrief trotzdem in den meisten Kirchen zur Verlesung gekommen sei. Der Klerus scheint sich eines Besseren besonnen zu haben, denn heute wird mitgetheilt, daß der Hirtenbrief in seinen beauftragten Theilen nirgends zur Verlesung kam. — Die „Straßb. Ztg.“ enthält das Verzeichniß der Vorlesungen, welche im Sommersemester 1875 an hiesiger Universität gehalten werden.

± Aus Lothringen, 16. Febr. Nach den amtlichen Berichten der früheren franz. Verwaltung betrug die durchschnittliche Bierproduktion im ehemaligen Moseldepartement 96,000 Hektoliter. Dieser Industriezweig hat sich aber seit dem Kriege so gehoben, daß in dem jetzigen, von dem Moseldepartement abgetrennten, beinahe gleichbedeutend kleineren Bezirk Lothringen schon im Jahr 1872 von den 111 Brauereien nicht weniger als 149,500 Hektoliter Bier, davon etwa 42,000 Hektoliter Dünmbier erzeugt wurden. Die Fabrication der sogenannten obergährigen Biere, die im Uebersaß fast vollständig verschwunden ist, spielt hier zu Lande, namentlich im Steuerbezirk Diedenhofen noch eine bedeutende Rolle. Im Steuerbezirk Vic wird ausschließlich obergähriges Bier produziert, wogegen der Bezirk Saarburg zum größten Theil, Metz und Saargemünd vorwiegend untergährige oder bayrische Biere hervorbringen. Der Aufschwung der Bierproduktion ist hauptsächlich auf Rechnung des Umstandes zu schreiben, daß in Folge des Errichtens der neuen Zollgrenze die Preise des Weines bedeutend in die Höhe gingen und deshalb die Konsumtion des Bieres eine wesentlich größere wurde.

H München, 16. Febr. Die von Julius Fröbel gegründete und an die Bayerische Handelsbank verkaufte „Süddeutsche Presse“ sieht sich mit Beginn des nächsten Quartals wegen Abonnementmangel mit Eingehen bedroht. In letzter Stunde hat sich nun noch ein Käufer dieses Blattes gefunden, wie man sagt, der Abg. Stenglein, welcher an der Spitze eines ad hoc schnell zusammengetretenen Consortiums stehen soll. Man wird sich nicht täuschen, wenn man hinter diesem anonymen Consortium die Fortschritts-partei erblickt, welche noch eine letzte Anstrengung macht, die „Süddeutsche Presse“ vor dem Eingehen zu retten.

□ Aus Thüringen, 15. Febr. In Gotha tagte gestern ein Kongreß der beiden social-demokratischen Fraktionen „Allgemeiner deutscher Arbeiterverein“ und „Vebel-Liebkecht“, mit dem Zweck, eine Vereinigung der beiden Fraktionen anzubahnen. Da die Verhandlungen selbstverständlich mit Ausschluß der Öffentlichkeit gepflogen wurden, so wissen wir nicht, wie weit der Zweck erreicht oder nicht erreicht worden ist. Für heute Abend war eine Volksversammlung mit der Tagesordnung „die verschiedenen politischen Parteien und die

Arbeiterfrage“ angesetzt, auf welcher Hajeklever, Liebknecht und Häffelmann ihr social-demokratisches Licht leuchten lassen wollten.

Oesterreichische Monarchie.

□ Wien, 15. Jan. Dem Vernehmen nach hat der König von Hannover den Auftrag gegeben, seine in dem nahen Hiesing (Benzing) vor einigen Jahren käuflich erworbene Villa zu veräußern. Man würde daraus wohl den Schluß ziehen dürfen, daß die königliche Familie nicht die Absicht hat, ihren bleibenden Aufenthalt auch fernerhin in der unmittelbaren Nähe von Wien zu nehmen.

— Die Wiener „Montagsrevue“ schreibt: Die zwischen der Türkei und Montenegro aus Anlaß der Ereignisse von Podgoricza ausgebrochenen Differenzen sind als beendet zu betrachten, wenn auch mehr die thatsächliche Einstellung der Feindseligkeiten als ein formeller Friedensschluß die Erlebigung des Streites bezeichnet. Fürst Nikolaus hat in allen Formen erklärt, daß er die Kontroverse fallen lasse und auf alle weiteren Gemüthungs- und Entschädigungsansprüche verzichte, ohne sich dadurch der Pflicht entziehen zu sehen, die in die Podgoricza-Händel verflochtenen Montenegriner zur Verantwortung zu ziehen, deren eigenmächtige Selbsthilfe den Straffunktionen der montenegrinischen Gesetze verfallen sei. Die Porte ihrerseits hat an diese Zusicherung keine weiteren Bedingungen mehr geknüpft und die diplomatische Intervention der Mächte, welche so energisch bemüht war, den offenen Bruch hinzuhalten und die Interessen des Friedens und der Ruhe zu wahren, ist damit der Natur der Sache nach gegenstandslos geworden.

Montenegro.

— In einem Briefe der „Allg. Ztg.“ aus Cetinje wird die Rede des Fürsten Nikita erwähnt, mit welcher er die dreitägige Sitzung der montenegrinischen Slupschina eröffnet hat. Mit Recht konnte er sich rühmen, seit dem Jahre 1868 die Volksschulen im Lande von sechs auf fünfzig gehoben zu haben. Bezüglich der Stellung zum Auslande gab er „seiner und seines Volkes Dankbarkeit gegenüber den wohlwollenden Absichten des Czars Alexander“ warmen Ausdruck. Weiter sprach der Fürst über den herzlichen Empfang, dessen er auf seiner Reise in Berlin theilhaftig geworden, und von den Sympathien, welche man am kaiserlichen Hofe für das Volk von Montenegro an den Tag gelegt. Der guten Beziehungen zu Oesterreich gedenkend, bemerkte der Fürst: „Und so kam ich auch die Versicherung geben, daß wir in diesem Augenblicke mit allen Staaten Europa's, mit Ausnahme nur eines einzigen, in bestem Einvernehmen stehen.“ Bezüglich des Verhältnisses zu den Bruderländern, Rumänien und Serbien, war der Fürst in der Lage, nur „das Erfreulichste“ sagen zu können. „Ich habe gehört“, meinte Nikita, „daß ich den gegenwärtigen serbischen Fürsten als treuen Freund betrachten könne. Ich wünsche, daß die Freundschaft zwischen Montenegro und Serbien fort erhalten bleibe, und hoffe, daß Ihr, Brüder, nach Hause zurückgekehrt, darauf sehen werdet, daß in unserem Volke die Gefühle für unser Bruderland Serbien nie und niemals ersterben.“

Frankreich.

□ Paris, 16. Febr. Offiziell wird aus Versailles vom 15. Februar Abends geschrieben: Der Geist der Eintracht und der Versöhnlichkeit schien heute bei einigen gemäßigten Mitgliedern der Nationalversammlung vorzuherrschen. Man bejogt die Uebelstände, die von einer definitiven Niederlage der schon seit langem angefündigten und versprochenen Verfassung unzertrennlich wären. Das linke Centrum hat in seiner heutigen Sitzung diese versöhnliche Stimmung bekundet und sich bereit gezeigt, auf Unterhandlungen einzugehen. Das rechte Centrum ist nicht zusammengetreten, aber die Mehrheit dieser Gruppe scheint jene versöhnlichen Gesinnungen zu theilen. Allem Vernehmen nach wird die Gruppe Lavergne die Annäherung zwischen den beiden Mittelparteien vermitteln, welche Aufgabe denn auch ganz ihrer Stellung angemessen ist. Mehrere Systeme, den Ausgleich zu bewerkstelligen, sind in Vorschlag gebracht worden. Sie zielen darauf hin, als Basis des Wahlkollegiums für den Senat die Generalräthe, sei es mit Zuziehung der Gemeinde- oder Arrondissementsräthe, zu nehmen, sei es, indem die Wahlbasis durch die Ernennung eines Bevollmächtigten jedes Gemeinderaths erweitert wird, sei es, indem den General- und Arrondissementsräthen eine den Gemeinderäthen gleichkommende Zahl von höchstbesteuerten Wählern beigegeben, sei es endlich, indem ein geringer Theil der Ernennungen in den Senat dem Präsidenten der Republik oder der Nationalversammlung anheimgegeben wird. Bis jetzt hat man sich noch über keines dieser Systeme verständigt; es sind nur Grundlagen eines Uebereinkommens, welche in Anregung gebracht und erörtert werden. Die Gruppe Lavergne hat, ehe sie einen Antrag stellen will, ihr Bureau beauftragt, sich mit den Bureaus des rechten Centrums einer- und des linken Centrums andererseits zu besprechen und sich von den Wünschen und Meinungen der Einen und der Anderen leiten zu lassen. Hierauf wird sie einen Entwurf aufsetzen, welcher so viel als möglich die von einander abweichenden Ansichten der beiden Gruppen in Einklang bringen und eine Vereinbarung, die in Aller Wunsch zu liegen scheint, herbeiführen soll. Man hofft auf gegenseitige Zugeständnisse. Wie man hört, wäre die Linke geneigt, dazu die Hand zu bieten, um das Projekt, betreffend die Organisirung der öffentlichen Gewalten, welches die Republik sichert, ausführen zu helfen. Man glaubt, daß das rechte Centrum ebenfalls darauf eingehen wird, zu dem Zwecke, eine definitive Niederlage, welche die Auflösung zur Folge haben könnte, zu vermeiden.

Vierundfünfzig Mitglieder des Pariser Gemeinderaths haben in der gestrigen Sitzung dieser Körperschaft folgenden „Wunsch“ eingebracht:

In Erwägung, daß Ledru-Rollin als Minister des Innern Frankreich mit dem allgemeinen Stimmrecht ausgestattet, daß die Pa-

rifer Bevölkerung diesem großen Bürger ein Zeichen tiefer Dankbarkeit gegeben hat, indem sie ihm ein seiner würdiges Leichenbegängnis bereitet, äußert der Gemeinderath, von dem redlichen Willen befeuert, sich innerhalb der Schranken seiner Befugnisse dieser Kundgebung aufrichtigen Dankes anzuschließen, den Wunsch:

Daß die Rue de Charonne, welche der Verstorbenen bewohnte, von nun an nach ihm Rue Ledru-Rollin heiße.

Folgen die Unterzeichneten: Cabot, Floquet u. s. w.

Die Bonapartisten jubeln über das gestrige Verdict der Pariser Geschwornen. Man denke, daß die Jury, welcher nicht weniger als dreißig Fragen vorgelegt waren, schon nach einer Verathung von einer Viertelstunde mit einer allgemeinen Verneinung zurückkam. Zu diesen Fragen gehörte insbesondere auch folgende:

Hat Hr. Paul de Cassagnac den General v. Wimpffen verleumdet, wenn er sagt, daß derselbe alle in für das Kriegsglück von Sedan verantwortlich wäre.

Die Geschwornen antworteten: Nein! und haben damit allerdings nicht nur Hr. Cassagnac von der Verleumdung, sondern indirekt auch Napoleon II., Mac Mahon und die anderen Heerführer von jeder Schuld an der Katastrophe von Sedan freigesprochen. Man kann sich denken, welches Kapital die Bonapartisten fortan aus diesem Urtheil des Volksgerichtes schlagen werden. Schon heute schreibt Paul de Cassagnac im „Pays“:

Eine andere Legende hat gestern begonnen und dies ist die wahre Legende. Wenn man in Zukunft an Sedan denken wird, dann wird man inmitten jener wüthenden Angriffe blutiger Reiter, jener verzweifelt in den Abgrund taumelnden Infanterie, jener von unsichtbaren Blitzen aus der Ferne geschmetterten Artillerie, die große und melancholische Gestalt Napoleons II. durchschreiten sehen, wie er sich für die Seinigen opfert und freiwillig dem Haß, dem Zorn, der Lüge preisgibt, um dem Vaterlande einige seiner Kinder zu retten, welche umhüllt in den Tod gehen wollten! Es ist nicht mehr der Souverän, nicht mehr der oberste Kriegsherr, der die weiße Fahne aufziehen läßt, es ist der Vater, welcher mit dem Blute der Seinigen zeigt und sich selbst für sie opfert! Der Mann von Sedan ist fortan ein anderer, der Mann von Sedan ist jener Offizier mit schielendem Blick, nach welchem die Republik ihre Arme ausgesendet hat, wie es ja ihre Gewohnheit ist, die klüglichen Trümmer geschätzter Reputationen und ertrunkenen Ruhms an ihren Ufern aufzufischen! Der Rath von Sedan, er ist in der Sonne, welche den gestrigen schönen Tag bedeckt, getrocknet. Man wage doch, uns noch heute von ihm zu sprechen!

Paris, 16. Febr. Die aus Elementen der gemäßigten und der äußersten Rechten zusammengesetzte Gruppe der Réserve hat in einer heute abgehaltenen Sitzung beschlossen, schlechterdings auf keine konstitutionelle Vorlage mehr einzugehen, dagegen allenfalls dem Mélayinischen Antrage beizustimmen, nach welchem der Marschall Mac Mahon für seine Person mit einem Veto- und Auflösungsrecht ausgestattet werden soll, obgleich auch diese Anordnung nicht ganz ihren Grundzügen entsprechen würde. Inzwischen macht die Gruppe Wallon-Lavergne noch einen letzten Versuch, aus den Vorlagen Waddington, Vautrain, Tallon und Cézanne ein Senatsgesetz zusammenzuflicken, welches gleichzeitig von dem rechten Centrum und den Parteien der Linken angenommen werden könnte.

Badische Chronik.

Karlsruhe, 17. Febr. Dem Eisenbahn-Komitee in Hardheim, welches den Bau einer Eisenbahn von Tauberbischofsheim über Königheim, Schweinberg, Hardheim, Höpfigen nach Wallbörn und beziehungsweise Buchen zum Anschluß an die Seelach-Amorbacher Bahn anstrebt, ist von dem Handelsministerium zu erkennen gegeben worden, daß diese Bahn, da sie vom Komitee mit Recht als eine bloße Secundärbahn gedacht sei, nicht auf Staatskosten mit Gemeinbeiträgen zu erbauen, sondern als ein Privatunternehmen der Gemeinden und sonstigen Beteiligten zu behandeln sei, demnach zu dessen Ausführung diese selbst in erster Reihe die erforderlichen Mittel aufzubringen hätten und allenfalls eine angemessene Staatsunterstützung werde beantragt werden, sofern bei näherer Ermittlung der wirtschaftlichen Bedeutung der Bahn ein erhebliches Interesse der Allgemeinheit an deren Zustandekommen zu Tage trete. Wenn das Komitee mit dieser Behandlung sich einverstanden erklärt und die von ihm in Aussicht gestellte nähere Darstellung der volkswirtschaftlichen Verhältnisse der beteiligten Ortsgemeinden ein günstiges Ergebnis liefere, so werde das Ministerium die technische Untersuchung und Bearbeitung des Projekts auf Staatskosten vornehmen lassen, sobald es über die hierzu nöthigen technischen Kräfte verfügen könne.

Karlsruhe, 16. Febr. Der Trajektverkehr zwischen Hohenstorf und Lauenburg ist wegen Eisgangs gänzlich eingestellt und hat daher eine Abfertigung von Gütern über diese Route bis auf Weiteres zu unterbleiben.

Karlsruhe, 16. Febr. Am gestrigen Abend zeigten sich die Räume der Aula des alten Gymnasiums wieder einmal völlig ungenügend, alle Diejenigen anzunehmen, welche den Vortrag des Herrn Oberkirchenraths Schellenberg über die sogenannte Selbstzerstörung des Christenthums und die Religion der Zukunft vernahmen wollten. Der Redner verstand es, die überaus schwierige Aufgabe zu lösen: den Inhalt des bekannten v. Hartmann'schen Buches, also dessen Angriffe auf das Christenthum wiederzugeben und zugleich zu widerlegen, ohne dabei in die Art einer wesentlich kritischen Deduktion, einer negativen Kritik negirender Angriffe zu verfallen. Sein Vortrag hat im Gegentheil durch positiven Gehalt, individuelle Färbung und eine die Andern ergreifende innere Wärme einen durchschlagenden und wahrhaft erhebenden Eindruck hinterlassen. Nächsten Samstag wird Professor Dr. Weingarten von Marburg diese Vorträge mit einer Darlegung der reformatorischen Verfassungsverhältnisse und kulturellen Verhältnisse Luther's beschließen und am Montag die Jahresversammlung des hiesigen Protestantenvereins folgen.

Dresden, 16. Febr. Gemeinderath und Orts-Schulrath haben gestern in gemeinschaftlicher Sitzung eine brennende Tages-Frage erledigt, die für das städtische Schulwesen von einschneidender Bedeutung ist. Die seit fast 10 Jahren bestehende, anfänglich von 1, dann von 2 und zum Schluß von 3 Lehrern geleitete sog. Realschule, welche selbständig neben der gesetzlich gebotenen Volksschule be-

stand und die Dienste einer erweiterten Volksschule versehen sollte, wurde gemäß dem Antrage der die Frage vorbereitenden Kommission auf eine, an die eigentliche Volksschule anzuhängende Klasse reduziert. Es soll nunmehr im Sinne des § 102 Abs. 2 des Gesetzes vom 8. März 1868 das 7., 8. und 9. Schuljahr der Knabenschule erweiterten Unterricht genießen und die Erlernung der französischen Sprache in 3 Jahreskursen ermöglicht werden. In gleicher Sitzung wurde die Errichtung einer höheren Mädchenschule von den vereinigten Kollegien beschlossen. Dieselbe soll auf sechs Klassen gebracht werden; der Eintritt geschieht mit dem 10. Jahre, so daß bei regelmäßiger Fortschreiten die oberste Klasse mit vollendetem 16. Lebensjahre absolviert wird. Höhere Mädchenschule, sowie die Mädchen-Volksschule sollen zusammen der Leitung eines wissenschaftlich gebildeten Direktors unterstellt werden. Die Ausführung beider Beschlüsse wird auf Beginn des neuen Schuljahres beabsichtigt. Die Bedeutung einer guten höheren Mädchenschule für die geistliche Weiterentwicklung unserer Stadt wurde längst allseitig erkannt und haben die Gemeindebehörden durch den betriebsamen Beschluß sich allgemeinen Dank und Beifall verdient.

Emmeningen, 15. Febr. Bürgermeister Wehrle von Windenreute verunglückte dieser Tage, indem er bei Nacht vom Wege ab in den Bach der umweir der Hochburg gelegenen Holzmulde kam und da, wahrscheinlich durch die plötzliche Abkühlung vom Schlage getroffen, den Ausweg nicht mehr fand und so am nächsten Tage in bereits aufrechter Stellung todt aufgefunden wurde. In Maltersdingen sprang ein junger Bürger in Folge eines hitzigen Krankheitsalles Nachts aus dem Fenster und wurde folgenden Tags auf einer seiner Wiesen erfroren aufgefunden.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 16. Febr. Infolge telegraphischer Meldung des Kommandanten der Korvette „Gazelle“ aus Akyab (Hinterindien) vom gestrigen Tage, ist die Beobachtung des Venus-Durchgangs auf Kerguelen gelungen.

Wien, 16. Febr. Prozeß Ofenheim. Staatsanwalt und Verteidiger einigten sich über neun Schulfragen. Der Staatsanwalt entwickelte sodann die Anklage in sechsstündigem Plaidoyer.

Nachricht.

München, 16. Febr. Dem Vernehmen nach hat der Abgeordnete Jörg bei der liberalen Fraktion den Antrag gestellt, eine Adresse an den König zu richten, um in derselben gegen das Ministerium wegen Einführung der Civilrechte Beschwerde zu führen.

Malin, 17. Febr. Auf Anregung des Verfassungskomitees stimmt der Landtag ab, ob die Erhaltung der Ritter- und Landschaft als politischer Korporationen als Bedingung des Eingehens auf die Verhandlungen über die landesherrliche Proposition aufrecht zu erhalten sei oder nicht. Die Landschaft erklärt sich als Stand für die Beseitigung der Ritter- und Landschaft. Die Ritterschaft stimmt mit 88 gegen 19 Stimmen für die Erhaltung derselben. Beide Beschlüsse werden den Kommissionen mitgetheilt.

Peß, 16. Febr. Die Erklärungen Tisza's in der Audienz bei dem Kaiser bestimmten den letzteren, die Fusionsverhandlungen zwischen den beiden großen Parteien fortsetzen zu lassen. Als Vertrauensmann bei den Verhandlungen bestimmte der Kaiser den bisherigen Kabinettschef Witto.

Verailles, 16. Febr. Nationalversammlung. Gaijot und Lorgeil von der Rechten werfen dem Präsidenten vor, die Geschäftsordnung verletzt zu haben, indem er zugelassen habe, daß die Entwürfe Waddington und Vautrain an die konstitutionelle Kommission verwiesen worden. Diefelben führen aus, daß, nachdem das Senatsgesetz verworfen sei, der Geschäftsordnung zufolge vor Ablauf von drei Monaten auf die Frage nicht zurückgekommen werden dürfe. Der Präsident weist dem gegenüber nach, daß eine Verletzung der Geschäftsordnung nicht vorliege. Der Zwischenfall hat keine Folgen. Die Sitzung bietet sonst kein Interesse. Nächste Sitzung Freitag.

„Moniteur“ sagt gegenüber der anderslautenden Mittheilung einer ausländischen Zeitung: es sei unrichtig, daß Herzog v. Decazes den diesseitigen Generalconsul in Belgrad aufgefordert habe, den Titel eines diplomatischen Agenten abzulegen. „Moniteur“ fügt hinzu, daß in dieser Beziehung bei der französischen Regierung ein diplomatischer Schritt nicht gemacht sei.

Paris, 16. Febr. Der Marschall Mac Mahon hat unter dem 12. d. M. ein Schreiben an den Finanzminister gerichtet, in welchem er denselben auffordert, den Gesekentwurf betreffend die Aufhebung, resp. Herabsetzung der Pensionen der gedienten Militärs zurückzuziehen.

Paris, 17. Febr. Einer offiziellen Bekanntmachung der Präfekten zufolge ist die Reparation bei den Zeichnungen für die neue Pariser Stadtanleihe dahin festgestellt, daß auf jede Zeichnung von 1 bis 102 Stück eine Obligation, aber 103 auf je 68 Stück eine Obligation entfällt.

Brüssel, 16. Febr. In der heutigen Senatsitzung interpellirte Anethan die Regierung, ob Belgien bei der St. Petersburger internationalen Konferenz betheiligt sein werde. Der Minister des Aeußern erwiderte, er wisse noch nicht, wo und wann die Konferenz zusammentrete. Die Regierung betrachte die Frage, welche Haltung Belgien dieser Angelegenheit gegenüber einnehmen solle, für sehr wichtig und beschäftigte sich mit Erörterung derselben. Die Regierung habe noch nicht hinlänglich Stellung dazu genommen, um bestimmte Erklärungen abgeben zu können, die auch bei den obsehenden Verhandlungen schaden könnten.

London, 16. Febr. Im Unterhause beantragt der Sekretär des Schatzamtes, Dyle, anlässlich der heutigen in Tipperary erfolgten Wahl Mittel's zum Parlamentsmitglied, Namens der Regierung, die Vorlegung der Prozesakten gegen Mittel's wegen Theilnahme an der irischen Konspiration, seiner Verurtheilung und Flucht im Jahre 1848. Nolan protestirt gegen das Vorgehen der Regierung. Disraeli kündigt an, er werde am Donnerstag beantragen, daß

Mittel, welcher wegen Hochverraths für schuldig befunden, zu 15jähriger Deportation verurtheilt worden sei, aber weder die Strafe verbüßt, noch einen Gnadenlaß erlangt habe, nicht wählbar sei und daß der Sprecher des Parlaments eine Neuwahl anordne. Sullivan und Bowyer protestiren lebhaft und suchen die Rechtsgültigkeit der Wahl Mittel's aufrechtzuerhalten. Der Antrag Dyle wird darauf mit 174 gegen 13 Stimmen angenommen. Dyle beantragt sodann, die Schriftstücke über die Verurtheilung Mittel's drucken und unter die Parlamentsmitglieder verteilen zu lassen und dieselben Donnerstag zu besprechen. Bowyer protestirt nochmals gegen die Bornahme einer Neuwahl. Martin kündigt für morgen einen Antrag an auf Vorlegung der Dokumente, woraus sich die Zusammenlegung des Gerichtshofes, welcher Mittel's abgeurtheilt habe, und die Namen der Geschwornen der damaligen Jury ergeben. Der zweite Antrag Dyle wird ebenfalls angenommen.

London, 16. Febr. Der aus dem Tichborne-Prozeß bekannte Verteidiger Kencahy ist in Stoke am Trent (Grafschaft Stafford) zum Parlamentsmitgliede gewählt worden.

Frankfurter Kurszettel.

(Die fettgedruckten Kurse sind vom 17. Febr., die übrigen vom 16. Febr.)

Staatspapiere.	
Preußen 4 1/2% Obligationen	106 1/2
Baden 5% Obligationen	106
4 1/2% „	103
4% „	98 1/2
3 1/2% „ v. 1842	94 1/2
Bayern 4 1/2% Obligationen	102 1/2
3% „	98
Württemberg 5% Oblig.	106 1/2
4 1/2% „	102 1/2
4% „	99 1/2
Nassau 4% Obligationen	98 1/2
Gr. Hesse 4% Obligation	99 1/2
Westf. 5% Silbereente	69 1/2
3% „	64 1/2
3% „	64 1/2
3% „	64 1/2

Aktien und Prioritäten.	
Badische Bank	109
Frankf. Bankverein	81 1/2
Deutsche Vereinsbank	85 1/2
Provisordiskonto	80
Darmstädter Bank	143 1/2
Deuterr. Nationalbank	87 1/2
Württemberg. Vereinsbank	125
Deuterr. Kredit-Aktien	201 1/2
Mitt. Deutschkreditbank	90 1/2
Rheinische Kreditbank	95 1/2
Bäcker Bankverein	88 1/2
Brüsseler Bank	103 1/2
Berliner Bankverein	81 1/2
Stuttgarter Bank	81 1/2
Deutsche Effektenbank	112 1/2
Chr.-deutsche Bank	85 1/2
4 1/2% bayr. Dtsch. 200 fl.	118
4 1/2% württ. Staatsbahn 500 fl.	118
4% Hess. Ludwigsbahn	119 1/2
3 1/2% Oberhess. Eisen 350 fl.	73 1/2
5% österr. Staatsb.	264
5% „ „ „	118
5% „ Nordwestb. A.	137 1/2
5% „ „ „	166 1/2
5% „ „ „	129
5% „ „ „	169 1/2
5% „ „ „	147 1/2
5% „ „ „	212 1/2

Anleihenloose und Prämienanleihen.	
Österr. Windener 100 Thaler-Loose	108 1/2
Bayr. 4% Prämien-Anl.	122 1/2
Badische 4% „	119 1/2
35 fl. Loose	124,80
Braunsch. 20 Thlr.-Loose	74,80
Großh. Hessische 50 fl.-Loose	—
25 fl. „	—
Ansbach-Gunzenhau. Loose	26

Wechselkurse, Gold und Silber.	
London 10 Sch. St. 6%	205,20
Paris 100 Frs. 6%	81,60
Wien 100 fl. österr. 5%	182,80
Disconto . . . I. S. 3 1/2%	—
Preuß. Friedrichsd'or Mt.	—
Pistolen	16,57—62

Berliner Börse, 17. Febr. Kredit 404.—, Staatsbahn 520.—, Lombarden 239.—. Tendenz: fest.

Wiener Börse, 17. Febr. Kreditaktien 222.—, Lombarden —, Anglobank 138,50, Unionbank —, Napoleonsd'or 8,90. Tendenz: sehr fest.

New-York, 17. Febr. Gold (Schlußkurs) 115 1/2.

Weitere Handelsnachrichten in der Beilage Seite 11.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Kerschmar in Karlsruhe.

Großh. Hoftheater. Donnerstag, 18. Febr. 1. Quartal. 26. Abonnementsvorstellung. Donna Diana, Lustspiel in 5 Akten, nach Moreto von Bos. „Donna Diana“ — Fräul. Eppner vom Herzogth. Hoftheater in Gotha als Gast. Anfang 1/2 7 Uhr. Freitag, 19. Febr. 1. Quartal. 27. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Mal: Don Juan de Austria, Trauerspiel in 5 Akten, von G. zu Puttk. Anfang 1/2 7 Uhr.

Die Joh. Hoff'schen Malz-Kräuterleisen und Malz-Pomaden aus der Fabrik des Joh. Hoff, Berlin, Neue Wilhelmstraße 1. Durch ihre eigenthümliche Zubereitungsweise des Malz- und Heil-Kräuterstoffes für Kräftigung der Nervenmuskeln und Knochen haben sich die Malzleisen und Pomaden als sehr heilsam erwiesen und werden dieselben von den Hh. Medizinalrath Müller, Prof. Dr. Feitel, Prof. Dr. Kleczinsky u. c. und werden dieselben als die wirksamsten Mittel gegen Hautpusteln, Rötze, Flechten, Finnen und leichte Hautausschläge, besonders aber gegen das Jucken der Glieder empfohlen. — Preis pro Stück Seife 50, 75, 1 Mark, 1 Flacon Pomade 1/2, 1 Mark. — Verkaufsstelle bei Michael Hirsch, Kreuzstraße Nr. 3 in Karlsruhe.

Todesanzeige.
 P. 321. Karlsruhe.
 Verwandten und Bekannten die ergebenste Anzeige, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter,
Therese Berger,
 Postmeisters Wit.,
 uns heute früh durch den Tod abzurufen.
 Wir bitten um stille Theilnahme.
 Karlsruhe, den 16. Febr. 1875.
 Im Namen der Hinterbliebenen:
 Parise!,
 Oberrechnungsrath.

Todesanzeige
 P. 322. Am 13. d. Mts. entschlief nach kurzem Leiden in Paris im Kloster der barmherzigen Schwestern unsere liebe Nichte, Schwägerin und Tante
Schwester Victorine Canetta,
 Wittwe des Badischen Hauptmannes Alexander Cassinone, im Alter von 35 Jahren, versehen mit den Sacramenten der römisch-kath. Kirche.
 Eltern, Duisburg, Köln und Karlsruhe, im Febr. 1875.
 Die Hinterbliebenen.

Todesanzeige.
 P. 310. Fautenbach.
 Heute Mittag 1 Uhr ist unser Hauptlehrer
Augustin Raub
 im 63. Lebensjahre unerwartet schnell mit Tod abgegangen. Wir zeigen dieses mit der Bitte an, dem Hingeshiedenen ein liebevolles Andenken zu erhalten.
 Fautenbach, 16. Februar 1875.
 Glaser, Bürgermeister.

Todesanzeige
 P. 312. Offenburg.
 Allen unsern Verwandten, Freunden und Bekannten theilen wir die schmerzliche und traurige Nachricht mit, daß unser lieber Vater, Schwiegervater und Großvater
Holzhandler Anton Arnbruster
 gestern Abend halb 11 Uhr, versehen mit den Tröstungen unserer hl. Religion, in Folge eines Schlaganfalls nach kurzem aber schwerem Krankenlager im Alter von nahezu 72 Jahren von der Vorsehung in das bessere Jenseits abgerufen worden.
 Die Beerdigung findet Donnerstag den 18. d. M., Nachmittags 3 Uhr, statt.
 Um stille Theilnahme an unserm herben unerfesslichen Verluste bitten,
 Offenburg, 16. Febr. 1875,
 Die trauernden Hinterbliebenen,
 Namens derselben:
 R. Gütle sen., Tochtermann.
 Rud. Wittmann, "

P. 186. 2. Heidelberg.
Av!
 In dem am 5. und 6. März h. a. stattfindenden Winter-Sommers laden wir hiermit unsere Philister freundlich ein.
 J. A. d. S.
 der Burschenschaft
Allemania zu Heidelberg
 H. Häuber X X
 d. St. Schriftwart.
 (76/II)

Ein tüchtiger Kaufmann
 P. 31. 3.
 mit hinreichenden Mitteln wünscht ein lucratives Geschäft käuflich zu erwerben oder sich an einem solchen activ zu betheiligen oder auch gegen Sicherheitsleistung die Leitung eines Fabrikgeschäftes zu übernehmen.
 Offerten mit A. W. 101 bezeichnet, besichert das Annoncen- und Agentur-Bureau von **Albert Kottlinger in Freiburg i. B.**

P. 299. 1. Stuttgart.
Württembergische Notenbank.
Bekanntmachung
 wegen Einführung der Zehnguldennoten.
 Reichsgesetzlicher Vorschrift entsprechend werden zunächst die auf zehn Gulden lautenden Noten unserer Bank hiemit eingezogen.
 Die Inhaber dieser, vom 15. November 1871 datirten, Zehnguldennoten werden aufgefordert, dieselben bis spätestens 15. September dieses Jahres an unserer Kasse zur Einlösung gegen bares Geld, oder zum Umtausch gegen auf hundert Mark Reichswährung lautende Noten unserer Bank (zu veralg. unsere Bekanntmachung vom 10. December 1874 in Nummer 290 des Staatsanzeigers für Württemberg und Nummer 294 des schwäbischen Merkurs vom vorigen Jahre) zu präsentieren.
 Für die innerhalb der bis 15. September dieses Jahres bauenden Frist nicht eingelieferten Zehnguldennoten, hört gemäß Art. 13 des würtbg. Gesetzes vom 24. Juli 1871 betreffend die Errichtung einer Notenbank und § 21 der Bankstatuten die ordentliche Einlösungspflicht auf; sie verlieren ihre Eigenschaft als Banknoten.
 Stuttgart, den 15. Februar 1875.
Direktion der würtbg. Notenbank.
 Ador. Jordan. Etd. Kehrer.

P. 281.
Berliner Börsen-Zeitung.
 Vielfach uns ausgesprochenen Wünschen nachgehend, haben wir seit dem Beginn dieses Quartals auf unsere Zeitung auch ein zweimonatliches und ein einmonatliches Abonnement eingerichtet, so dass als neue Abonnenten jederzeit eintreten können, ohne das Opfer einer Nachzahlung für das ganze Quartal bringen zu müssen. Alle Postanstalten nehmen die Bestellungen entgegen.
 Dass unsere Zeitung in ihrer Abend-Ausgabe das grösste überhaupt in Deutschland existierende Finanzblatt, in ihrer Morgen-Ausgabe eine politische Zeitung umfangreichster Art bildet, setzen wir als bekannt voraus. Ihr fest begründeter Ruf hat denn auch, trotz aller Concurrenz-Unternehmungen und trotz aller Ungunst der Zeitverhältnisse, ihre stets wachsende Verbreitung herbeigeführt.
 Wir bitten bei Bestellungen genau auf unseren Titel achten zu wollen.
 Berlin, im Februar 1875. (H 1614)
Die Expedition der Berliner Börsen-Zeitung.
 (Berlin W., Kronenstr. No. 37.)

Strasburger Papierfabrik Actien-Gesellschaft.
Außerordentliche General-Versammlung.
 Die Herren Actionäre werden unter Hinweis auf § 20 der Statuten (daß innerhalb 8 Tagen von der jeweiligen Generalversammlung der Beschlüsse der Actien mit Angabe ihrer Nummern schriftlich beim Secretäre anzumelden ist) zu einer außerordentlichen Generalversammlung auf
Donnerstag den 4. März l. J.,
 Vormittags 11 Uhr, in den Gasthof zum Rothen Haus in Straßburg eingeladen.
Tagesordnung:
 1. Bericht des Aufsichtsraths über den Stand der Gesellschaft.
 2. Erklärungsbeschluss für ein ausgetretenes Mitglied des Aufsichtsraths.
 3. Antrag des Aufsichtsraths auf Abänderung der §§ 12, 13, 17, 19 und 20 unserer Statuten.
 Straßburg, den 15. Februar 1875.
 Der Vorsitzende des Aufsichtsraths:
L. Wurster.

P. 314. 1. 33 11
Wiesenthal-Bahn-Gesellschaft.
 Durch Beschluss vom 15. l. M. wurde die auf 1. März fällige Dividende auf 19 Mark 80 Pfennige, resp. Frs. 16. — per Aktie festgesetzt und kann dieselbe bezogen werden:
 in Basel bei den Herren **Wissbach zu St. Alban,**
 " **Vörrach bei der Archidihypothekbank,**
 " **Schopheim bei den Herren Gottschall & Mojer.**
 An ebenbenannten Orten werden auch die Coupons unserer Obligationen eingelöst, und zwar in Basel zum bisherigen Kurse; in Vörrach und Schopheim der Coupon der Obligationen der Lit. A. zu 38 M. 57 Pf., der Lit. B. zu 19 M. 29 Pf., der Lit. C. zu 9 M. 64 Pf.
 Vörrach, den 16. Februar 1875.
 Direction der Wiesenthal-Bahn.

Stuttgart.
Pferde- und Wagen-Versteigerung
 Aus dem Nachlasse des verstorl. Gustav Friedrich, Ausschreibesitzer, Wagnerstraße 31, kommen
Samstag den 20. Februar, von Vormittags 10 Uhr an,
 gegen sofortige Baarzahlung zur Versteigerung:
 16 zum schweren und leichten Dienst ausgezeichnete Pferde im Alter von 6 bis 13 Jahren, dieselben werden einzeln oder als Paare abgegeben (wovon 1 Paar Braun-Schwarz, 8 Jahre alt, 165 Ctm. groß, für jede Herrschaft passend); ferner 1 Paar neue silberplattirte Geschirre und 2 Paar ältere schwarze Geschirre und eine größere Anzahl gebrauchte Fuhr- und Chaisen-Geschirre, nebst den nöthigen Stallrequisiten.
 Von Fuhrwerken kommen zum Verkauf:
 1 Landauer, 1 Coupé, 1 Glasdroschke, 1 großer Gesellschafts-Omnibus, 1 vierzügiger und 1 zweifügiger Schützen mit Felz, 9 Duracher Karren, 3 Trücher, 1 Reitwagen.
 Zu dieser Versteigerung ladet ein der beauftragte
Stadt-Jocentiner Diem.
 P. 317. 1.

Coca
 Die wunderbaren Nähr- und Heilkräfte der peruanischen Coca-Pflanze, von Alex. v. Humboldt mit den Worten empfohlen: Asthma und Tuberkulose fehlen bei den Coqueiros gänzlich, und ihr Körper bleibt bei harter Anstrengung tagelang ohne Nahrung und Schlaf vollkräftig. v. Boerhave, Bonpland, Tschudi und allen Südamerika-Reisenden bestätigt, sind von der deutschen Gelehrtenwelt theoretisch längst, praktisch aber erst seit Einführung der Prof. Sampson'schen Coca-Präparate der Mohrenapotheke in Mainz anerkannt, indem diese, weil aus frischer Pflanze dargestellt, sämtliche wirksamen Bestandtheile unverändert enthalten. Diese Präparate, an Krankenbetten tausendfach erprobt, sind bei Brust- und Lungenkrankheiten, selbst in vorgeschrittenen Stadien, von eminenter Wirkung (Pillen I), heilen gründlich alle Unterleibs- und Verdauungs-Krankheiten (Pillen II und Wein), sind unersetzlich bei allen Nervenleiden und einziges Radikalmittel gegen spec. Schwächezustände jeder Art (Pillen III & Spiritus). Preis 1 Sch. 3 Rmk., 6 Sch. 15 Rmk., 1 Flac. 3 Rmk. Belehrende Abhandlung Prof. Dr. Sampson's, der die Coca an Ort und Stelle sorgfältig studirte, franco gratis d. d. Mohren-Apotheke Mainz und deren Depots-Apotheken: Baden-Baden: Bilharz, Grossh. Hof-Apotheke Badenweiler: A. Steinhöfer, Grossh. Hof-Apotheke. Constantz: M. Torrent, Apotheker. Strassburg: A. Schaffitzel, Stern-Apotheke. Steingasse 27.
 P. 195. 2. Straßburg, Off., Steinstraße 34, zu unsern 3 engl. Mädchen suchen wir noch ein paar deutsche Pensionärinnen, die bei liebevoller Bechtung zu pante und gründl. Kostümmern, unsere deutsche höhere Mädchenschule (6 Klassen) besuchen können.
J. Schottky-Mary Davies.

P. 366. 2. Nr. 1553. Karlsruhe.
Allgemeine Versorgungs-Anstalt im Großherzogthum Baden.
 Bei unserer Buchhaltung ist die Stelle eines Beamten sogleich zu besetzen. Bewerber wollen sich innerhalb 8 Tagen unter Anschlag von Zeugnissen melden.
 Karlsruhe, den 12. Februar 1875.
Der Verwaltungsrath.

P. 315. 1. Karlsruhe.
Lieferung von Eisenbahnwagen.
 Die Lieferung von
16 Personenwagen I. und II. Klasse,
24 " " III. " " und
16 Reisegepäckwagen
 soll im Wege des Afforbs vergeben werden.
 Die Bedingungen und Zeichnungen werden auf Verlangen von unserm Centralbureau gegen Einfindung von 3 Mark für jede Wagenforte abgegeben.
 Lieferungsangebote sind versiegelt und mit der Aufschrift "Lieferung von Eisenbahnwagen" versehen, bis einschließl. 15. März d. J. bei der unterzeichneten Generaldirektion einzureichen.
 Karlsruhe, den 13. Februar 1875.
 General-Direktion
 der Großh. Badischen Staats-Eisenbahnen.
 Bei Verhinderung des Generaldirektors.
 Schupp. Schuhmacher.

P. 242. 2. Offenburg.
Wein-Versteigerung
 Am Donnerstag den 25. Februar Vorm. 11 Uhr, läßt Grundherr Baron Born von Rufsch im Schloß Groll in Durbach bei Offenburg durch den Unterzeichneten nachstehende, selbstgezeugene Weine gegen baare Zahlung bei der Abfassung öffentlich versteigern:
 59 Hektoliter alten 1871r, 1872r und 1873r Klingelberger, Altoner und Bockbrunn.
 1180 Hektoliter 1874r Gemischten, Kletter, Klingelberger, Weißherb, Bockbrunn und Kothner.
 Offenburg, den 12. Februar 1875.
Kaver Pflüger.

Strafgerichts-Vollzug.
 Rabanus und Kabinetsrath.
 D. 701. Nr. 1041. Reusbad. Gegen Kaserer Konrad Bergmeister von Seppenhofen hat Großh. Bezirksamt hier auf Grund des § 860. R. St. O. B. Anlage wegen unerlaubter Auswanderung erhoben und eine Geldstrafe von 100 Mark und Ertragung der Kosten beantragt.
 Zur Hauptverhandlung wird Tagfahrt auf **Samstag den 27. Februar 1875, Vorm. 10 Uhr,**
 anberaumt, wozu der Angeklagte mit dem Ausdrohen vorgeladen wird, daß bei seinem Ausbleiben Erkenntnis nach Lage der Akten ergehen würde.
 Reusbad, den 13. Februar 1875.
 Großh. bad. Amtsgericht.
 Dr. Koller. Müller.

D. 686. Nr. 359. Mannheim. In Anklage gegen Karl Krebs von Schwellingen, wegen Beleidigung der Deutschen Kaiserin, wird Tagfahrt zur Hauptverhandlung vor dem Schwurgerichte dahier anberaumt auf
Montag den 8. März d. J., Nachmittags 5 Uhr,
 und wird hierzu der flüchtige Angeklagte Karl Krebs mit der Aufforderung vorgeladen, sich vierzehn Tage vor der Hauptverhandlung bei dem Großh. Amtsgericht Schwellingen als Untersuchungsgericht zu stellen.
 Mannheim, den 16. Februar 1875.
 Großh. bad. Kreis- und Folgericht.
 Schwurgericht.
 Heinsheimer.

Berm. Bekanntmachungen.
 P. 290. 1. Karlsruhe.
Verpachtung der Bahnhofrestauration in Singen.
 Der Betrieb der Bahnhofrestauration in Singen soll auf 1. Mai l. J. anderweit in Pacht gegeben werden.
 Vachangebote auf die Uebernahme dieser Restauration sind mit Leumunds- und Vermögenszeugnissen belegt, innerhalb 14 Tagen bei Großh. Bahnname Konstanz, bei welchem zugleich die Vachbedingungen eingehenden werden können, in besonderem Umschlag versiegelt und mit der Aufschrift "Vachangebot für die Bahnhofrestauration Singen" versehen einzureichen.
 Karlsruhe, den 13. Februar 1875.
 Generaldirektion
 der Großh. Staats-Eisenbahnen.
 Bei Verhinderung des Generaldirektors:
 Schupp. Schuhmacher.

Holzversteigerung
 im Großh. Hartwald, Abth. Zwei-Eichen-Schlag,
 Montag und Dienstag den 22. und 23. d. M.
 375 Fichtenstämme I., II. u. III. Klasse, 10 Loose Schlagraum.
 Zufuhrmentant: jeden Tag früh 9 Uhr auf der Friedrichshöher Allee, am Hagelfelder-Eggenheimer Weg.
 Karlsruhe, den 15. Februar 1875.
 Großh. Bezirksforsterei Eggenstein.
 v. Kleiser. P. 291.

P. 302. 1. Nr. 651. Karlsruhe.
Affordvergebung.
 Zur Umgehung der Gröninger Steige bei Durloch soll die Herstellung
 1. der Futtermauern längs des Markgräflichen Gutes, im Voranschlag zu 1120 M.
 2. der Stützmauer längs der Durlach-Pförsheimer Bahn in Gröningen mit ca. 80 feineren Geländepfosten zu 3275 M.
 3. des eisernen Schutzgabels daselbst zu 1600 M.
 im Submissionswege vergeben werden.
 Angebote wollen portofrei und versiegelt bis zum **Samstag den 27. d. M., Vormittags 11 Uhr,**
 auf die städt. Kasse abgegeben werden, wo die Pläne sammt Bedingungen für diese Vergabe eingehenden werden können.
 Karlsruhe, den 15. Februar 1875.
 Großh. Wasser- u. Straßenbau-Inspektion.
 J. Eisenlohr.

P. 301. 1. Nr. 279. Emmendingen.
Vergabe von Straßenbau-Arbeiten.
 Die Herstellung des Straßensystems, der Durchlasse, der Fahrbahn und Schutzanlagen der untern Abtheilung der Gleitstrahlstraße soll im Submissionswege vergeben werden.
 Die Arbeiten sind in 4 Lose vertheilt und haben einen Gesamtanschlag von 17,800 M.
 Die Bedingungen, Pläne und Kostenanschläge sind auf unserm Baubureau zu Oberglotterthal aufgelegt.
 Angebote können sowohl auf das Ganze wie auf einzelne Lose erfolgen, und sind dieselben nach Prozenten der Ueberträge bis **Samstag den 27. d. M., Vormittags 10 Uhr,**
 versiegelt, portofrei und mit geeigneter Ueberschrift hierher einzuliefern.
 Emmendingen, den 15. Februar 1875.
 Großh. Wasser- u. Straßenbau-Inspektion.
 Mattes.

P. 294. Nr. 112. Dudenheim. (Holzversteigerung.) Aus dem Domänenwald Stodwald, Gemarkung Eichelberg, werden versteigert,
 Montag den 22. d. M., früh 9 Uhr:
 181 Ster buchene und eigene Eiche, 118 Ster Fichtelholz und 99 Ster Stodholz.
 Mittags 12 Uhr:
 39 Eichen, 5 Buchen, 2 Fichten, 1 Eichen- und 1 Kirschbaum, Eichen- und Nadelholz.
 Dienstag den 23. d. M., früh 9 Uhr:
 22,100 Stck Weiden.
 Zufuhrmentant jeweils im Schlag.
 Dudenheim, den 15. Februar 1875.
 Großh. bad. Bezirksforsterei.
 Widmann.

P. 218. 2. Karlsruhe.
Bekanntmachung.
 Die Ausbildung des Personals für das direkte Steuerwesen heit.
 Man beabsichtigt bei dem nächsten Ab- und Zufuhr eben einigen Kameralpraktikanten oder Kameralassistenten Gelegenheit zu geben, durch Beschäftigung bei einem Steuerperquator und späterhin auch bei einer Steuerrevision sich im direkten Steuerwesen praktisch auszubilden, wobei denselben eine Tagsgelöhr von 5 Mark für Geschäfte im Wohnort und von 7 Mark für auswärtige Dienstverrichtungen verwilligt wird.
 Hierzu luftrogende Kameralpraktikanten und Kameralassistenten haben sich innerhalb 14 Tagen bei unterfertigter Stelle zu melden.
 Karlsruhe, den 4. Februar 1875.
 Steuer-Direktion.
 Regener. Wilhelm.

An Herrn Bl.!
 Alles ist wie früher! p. 320.
 (Mit einer Beläge.)